

Auswertung MDRfragt:

Die Preise bleiben oben – Wirtschaft und Lebensstandard auch?

Befragungszeitraum: 04.08. – 07.08.2023

24.298 Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Die Ergebnisse in der Übersicht:

Themenbereich Auswirkungen der Inflation:

Inflation hat für zwei Drittel zu Verschlechterung des Lebensstandards geführt
→ Tendenz steigend

Weniger Urlaub, weniger Konsum, weniger Mobilität – Inflation führt zu zahlreichen Einschränkungen

9 von 10 befürchten, dass Schere zwischen Arm und Reich größer wird

Für mehr als zwei Drittel stellt Inflation eine starke emotionale Belastung dar

Themenbereich Bekämpfung der Inflation:

Zwei Dritteln gehen Entlastungsmaßnahmen nicht weit genug

Für 9 von 10 haben Entlastungsmaßnahmen keine spürbare Entlastung erzielt

86 Prozent sind mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung unzufrieden

Bekämpfung der Inflation: 9 von 10 haben hierbei wenig Vertrauen in die Politik

Themenbereich Wirtschaft in Zeiten der Inflation:

8 von 10 blicken negativ auf den Zustand und die Entwicklung der deutschen Wirtschaft

Unterstützung der Wirtschaft in Zeiten der Inflation: 9 von 10 haben hierbei kaum Vertrauen in die Politik

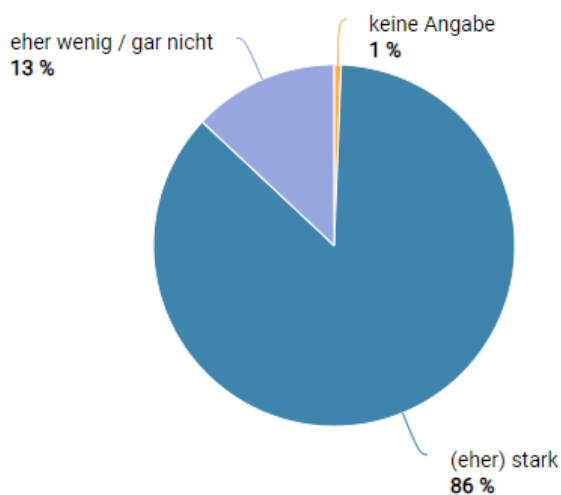
Die Ergebnisse im Detail:

Für 86 Prozent machen sich Preissteigerungen stark im Haushaltsbudget bemerkbar

Auf die Frage hin, wie stark die MDRfragt-Teilnehmerinnen und -teilnehmer die Preissteigerungen in ihrem Haushaltsbudget spüren, gaben 86 Prozent an, dass sich diese bei ihnen stark bemerkbar machen. 13 Prozent bemerken diese hingegen wenig bis gar nicht.

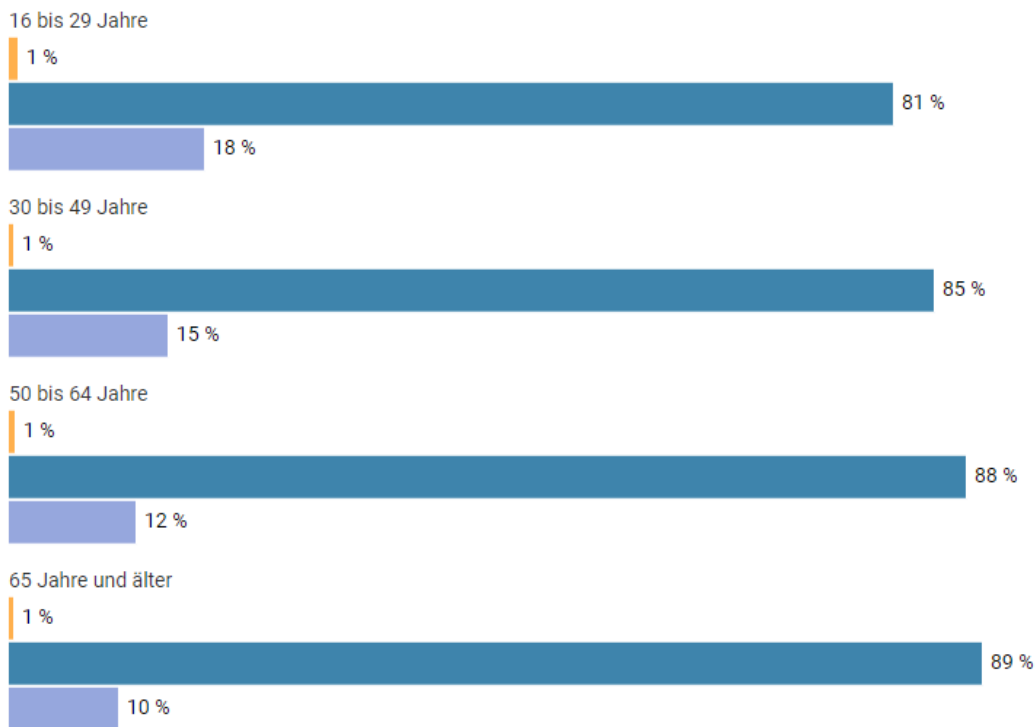
Im Vergleich zum Dezember 2022 ist die Belastung etwas gestiegen. Damals gaben 82 Prozent an, dass sie die Preissteigerungen stark im Haushaltsbudget bemerken.

Frage: Wie stark spüren Sie die Preissteigerungen in Ihrem Haushaltsbudget?



Vergleicht man das Antwortverhalten je nach Altersgruppe, zeigt sich, je älter die Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer, umso stärker machen sich die Preissteigerungen im Haushaltsbudget bemerkbar.

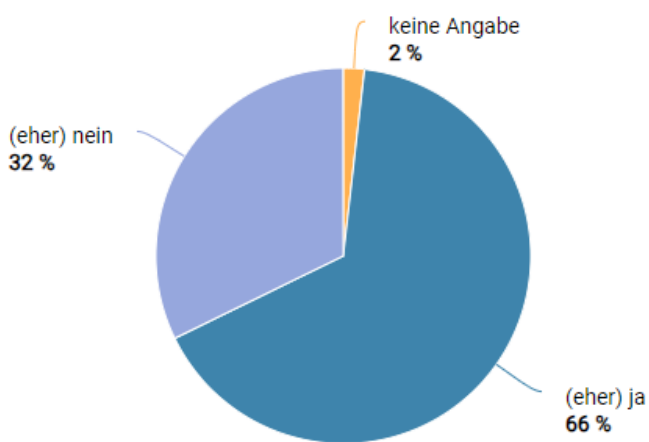
keine Angabe (eher) stark eher wenig / gar nicht



Inflation hat für zwei Drittel zu Verschlechterung des Lebensstandards geführt – Tendenz steigend

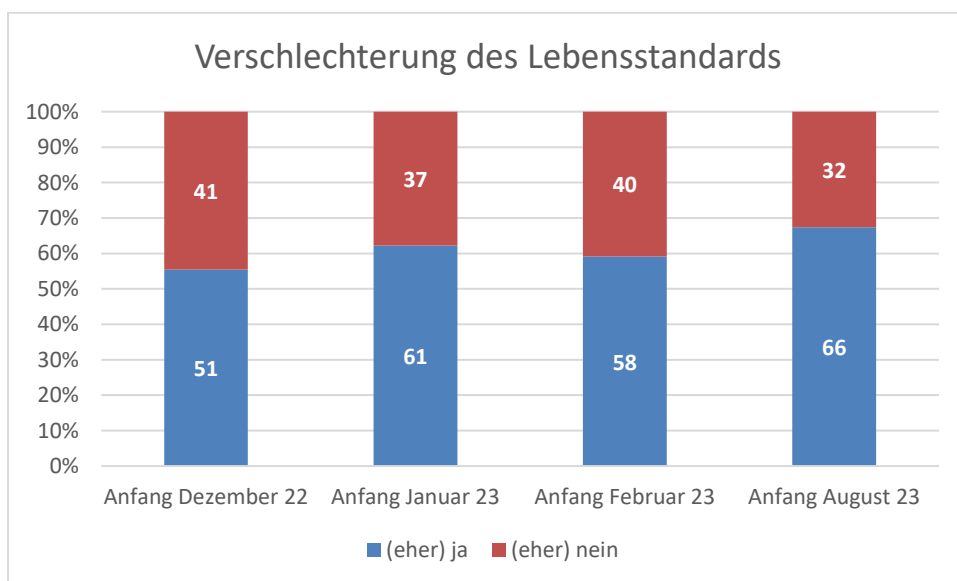
Zwei Drittel (66 Prozent) der MDRfragt-Mitglieder, die sich an der Befragung beteiligt haben, gaben an, dass die Inflation zu einer Verschlechterung ihres Lebensstandards geführt hat. Bei knapp einem Drittel (32 Prozent) ist dies hingegen nicht der Fall.

Frage: Stand heute: Hat die Inflation zu einer Verschlechterung Ihres Lebensstandards geführt?



4

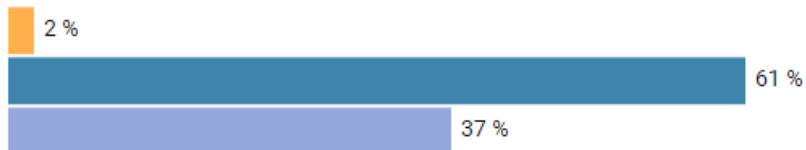
Im zeitlichen Verlauf betrachtet, ist der Anteil derjenigen, deren Lebensstandard sich durch die Inflation nach eigenen Angaben verschlechtert hat, aktuell am größten. War dies im Dezember 2022 für 51 Prozent der Fall, sind es jetzt 66 Prozent.



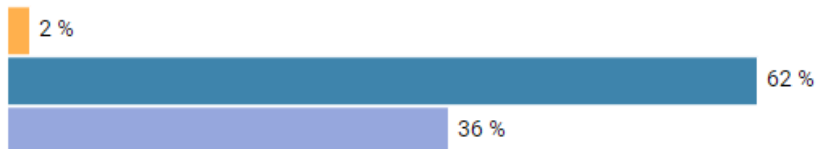
Vergleicht man auch hier das Antwortverhalten der unterschiedlichen Altersgruppen, zeigt sich, je älter die MDRfragt-Teilnehmerinnen und -teilnehmer, umso mehr hat die Inflation zu einer subjektiv wahrgenommenen Verschlechterung des Lebensstandards geführt.

● keine Angabe ● (eher) ja ● (eher) nein

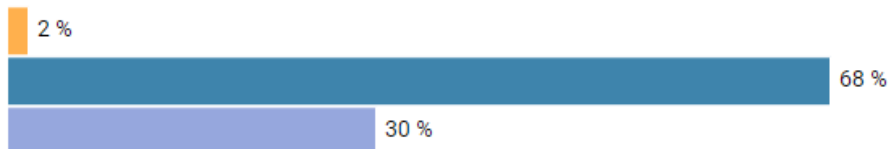
16 bis 29 Jahre



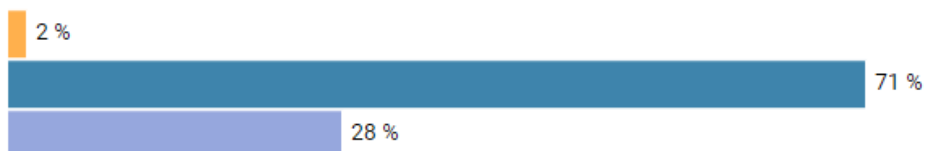
30 bis 49 Jahre



50 bis 64 Jahre



65 Jahre und älter



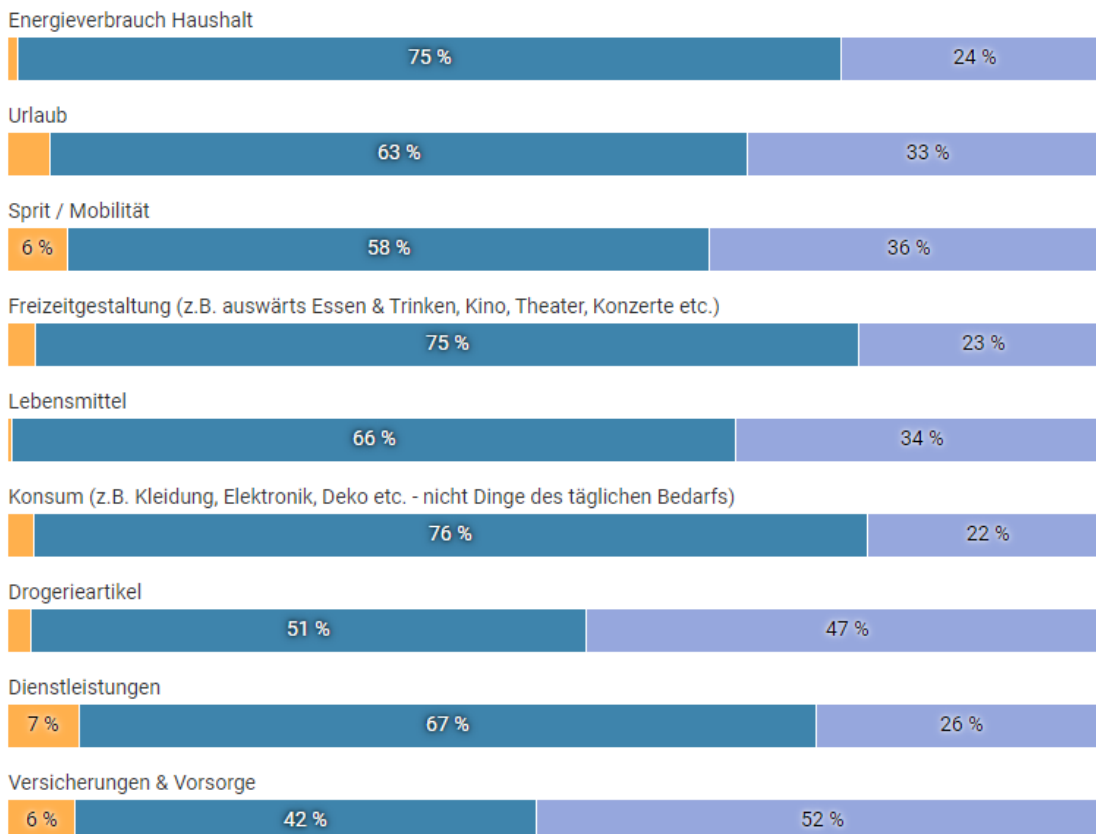
Weniger Urlaub, weniger Konsum, weniger Mobilität – Inflation führt zu zahlreichen Einschränkungen

Auf die Frage hin, ob sich die MDRfragt-Teilnehmerinnen und -teilnehmer aufgrund der Inflation in manchen Bereichen einschränken, zeigt sich:

- Die meisten schränken sich beim Konsum (76 Prozent), bei der Freizeitgestaltung (75 Prozent) und beim Energieverbrauch im Haushalt (75 Prozent) ein.
- Etwa zwei Drittel (67 Prozent) nehmen zudem weniger Dienstleistungen in Anspruch und weitere 66 Prozent kaufen weniger Lebensmittel.
- Auch beim Urlaub schränken sich knapp zwei Drittel (63 Prozent) ein.
- Darüber hinaus sparen jeweils mehr als die Hälfte bei der Mobilität (58 Prozent) und bei Drogerieartikeln (51 Prozent).
- Demgegenüber schränken sich die wenigsten (42 Prozent) bei der Vorsorge sowie bei Versicherungen ein.

Frage: Im Vergleich zu der Zeit vor den hohen Preissteigerungen: Schränken Sie sich aufgrund der Inflation in den folgenden Bereichen ein? Bitte wählen Sie nur Einschränkungen, die auf die Inflation zurückzuführen sind.

● keine Angabe / trifft auf mich nicht zu ● (eher) ja ● (eher) nein

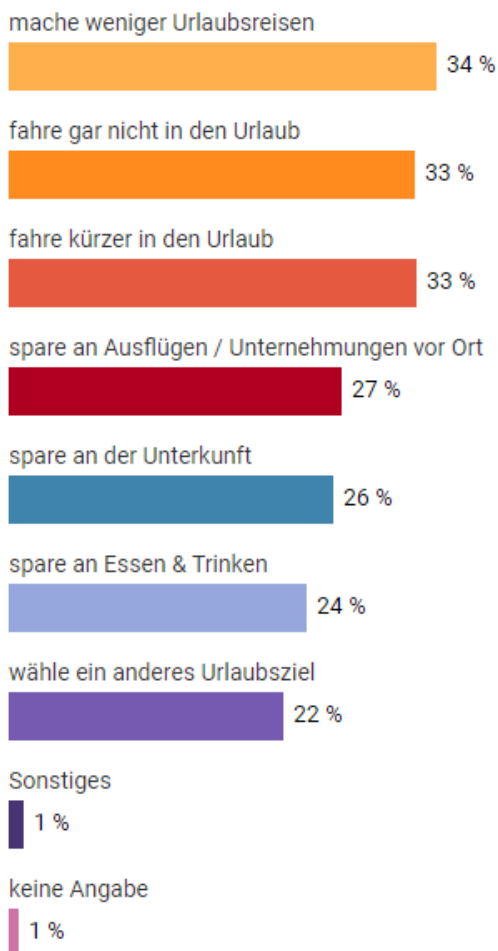


Ein Drittel derjenigen, die beim Urlaub sparen, fahren gar nicht in den Urlaub

Diejenigen Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer, welche sich aufgrund der Inflation beim Urlaub einschränken, tun dies auf unterschiedliche Art und Weise:

- So unternimmt mehr als ein Drittel (34 Prozent) weniger Urlaubsreisen.
- Zudem fährt jeweils ein Drittel (33 Prozent) kürzer und ein weiteres Drittel (33 Prozent) gar nicht in den Urlaub.
- Mehr als ein Viertel (27 Prozent) sparen an Ausflügen und Unternehmungen vor Ort.
- Auch bei der Unterkunft spart mehr als ein Viertel (26 Prozent).
- Darüber hinaus schränken sich 24 Prozent beim Essen und Trinken ein und mehr als ein Fünftel (22) wählt ein anderes Urlaubsziel.

Frage: Konkret beim Thema Urlaub: Wie sehen da die Einschränkungen aufgrund der Preissteigerungen aus?



9 von 10 befürchten, dass Schere zwischen Arm und Reich größer wird

Den Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmern bereiten unterschiedliche Aspekte im Zusammenhang mit der Inflation Sorge:

- So befürchten 88 Prozent, dass die Schere zwischen Arm und Reich größer wird und 87 Prozent haben große Sorge vor steigenden Lebensmittelpreisen. Auch die steigenden Energiepreise bereiten 86 Prozent große Sorgen.
- Mehr als drei Viertel (78 Prozent) befürchten zudem, dass ihre Geldanlagen bzw. ihr erspartes weniger wert sein könnte und 74 Prozent haben Sorge um den Verlust ihres aktuellen Lebensstandards.
- Jeder Zweite (51 Prozent) sorgt sich darüber hinaus vor steigenden Mietkosten.

Frage: In welchem Ausmaß bereiten Ihnen die folgenden Aspekte in Zusammenhang mit der Inflation Sorgen?

● keine Angabe / trifft nicht zu ● (eher) große Sorgen ● (eher) kleine Sorgen

steigende Energiepreise



dass die Schere zwischen Arm und Reich größer wird



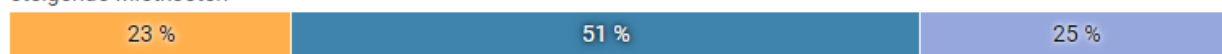
dass meine Geldanlage / mein Erspartes immer weniger wert ist



steigende Lebensmittelpreise



steigende Mietkosten

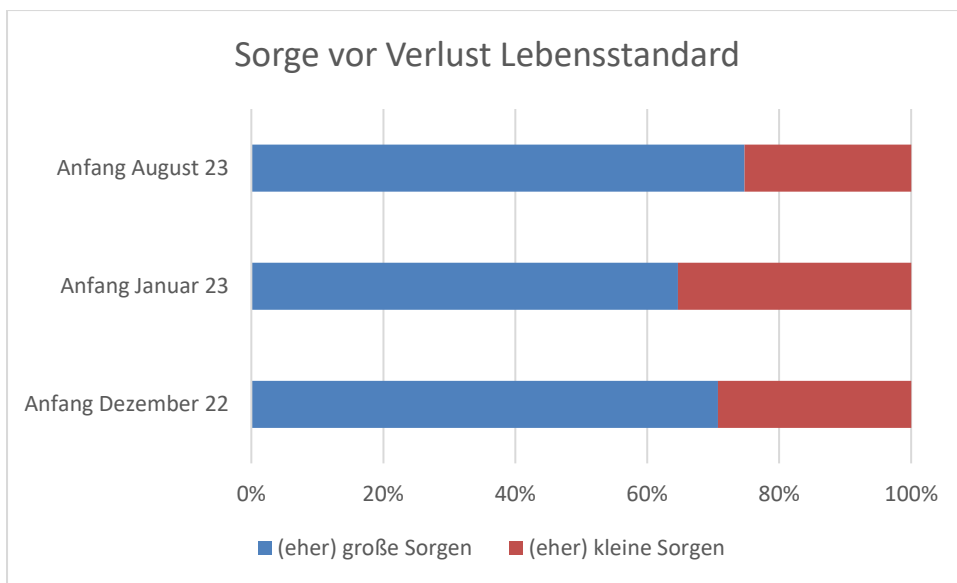


Verlust des aktuellen Lebensstandards



Während die Sorge vor steigenden Mietkosten seit Beginn des Jahres (Februar 2023) von damals 59 auf jetzt 51 Prozent gesunken ist, stieg die Sorge vor steigenden Energie- und Lebensmittelpreisen leicht an. Demnach sorgten sich im Februar 2023 82 Prozent vor steigenden Energiepreisen und 84 Prozent vor steigenden Lebensmittelpreisen.

Darüber hinaus ist die Sorge vor dem Verlust des bisherigen Lebensstandards im zeitlichen Verlauf erneut gestiegen.



Für mehr als zwei Drittel stellt Inflation eine starke emotionale Belastung dar

Mehr als zwei Drittel (68 Prozent) der Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer gaben an, dass sie die Inflation emotional stark belastet. 30 Prozent empfinden diese hingegen kaum oder gar nicht als emotionale Belastung.

Zudem stellt die Inflation für drei Viertel (75 Prozent) eine finanzielle Belastung dar. Für etwas weniger als ein Viertel (24 Prozent) ist dies jedoch kaum oder gar nicht der Fall.

Frage: Und alles in allem: Wie sehr belastet die Inflation Sie im Moment?

keine Angabe (eher) stark eher wenig / gar nicht

emotional



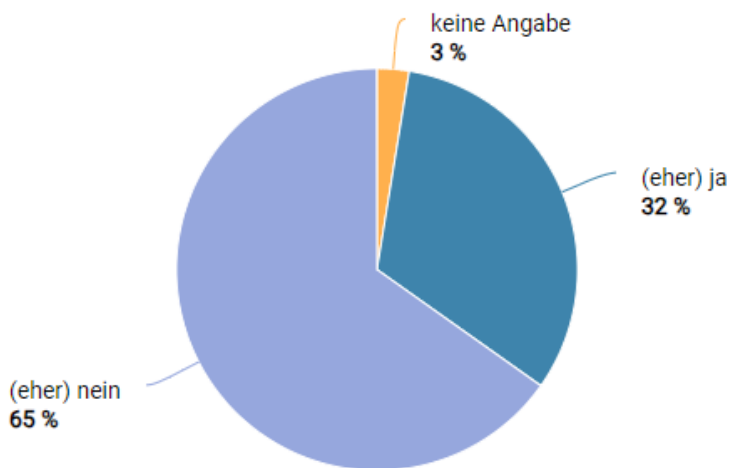
finanziell



Zwei Drittel kommen nicht mehr zum Sparen

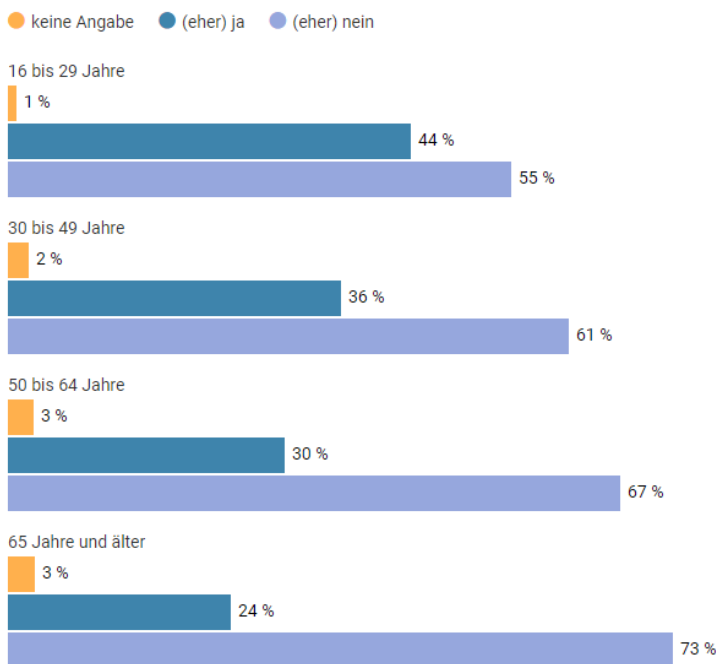
65 Prozent der MDRfragt-Teilnehmerinnen und -teilnehmer können aktuell kein Geld mehr beiseitelegen. Bei knapp einem Drittel (32 Prozent) ist dies hingegen nicht der Fall.

Frage: Kommen Sie aktuell noch dazu, Geld beiseitezulegen?



10

Das Antwortverhalten unterscheidet sich hierbei je nach Alter deutlich. Umso älter die Befragungsteilnehmenden sind, umso weniger können diese aktuell Geld beiseitelegen.

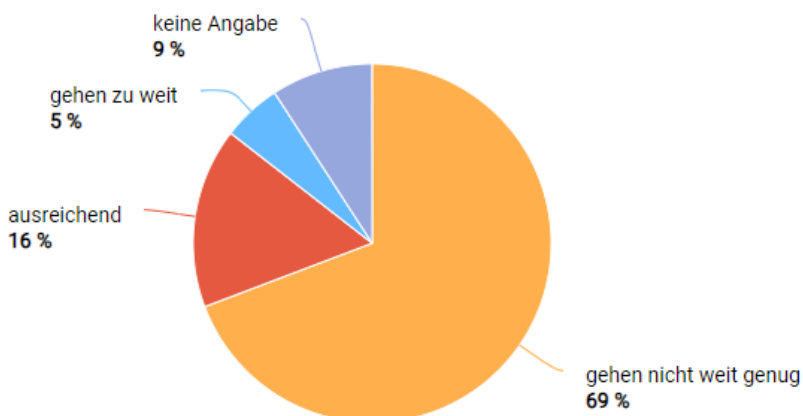


Zwei Dritteln gehen Entlastungsmaßnahmen nicht weit genug

Deutschlandticket, Einmalzahlungen, Strom- & Gaspreisbremse und Co: Die Bundesregierung hatte in den vergangenen Monaten Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger beschlossen, damit diese besser mit den hohen Energiepreisen und Lebenshaltungskosten umgehen können.

Mehr als zwei Drittel (69 Prozent) der MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer sind jedoch der Ansicht, dass die Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung nicht weit genug gehen. 16 Prozent halten diese hingegen für ausreichend und für fünf Prozent gehen sie zu weit.

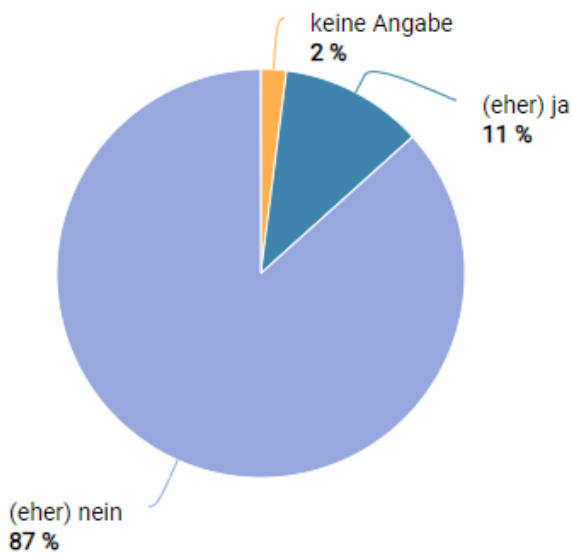
Frage: Deutschlandticket, Einmalzahlungen, Strom- & Gaspreisbremse und Co: Die Bundesregierung hatte in den vergangenen Monaten Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger beschlossen, damit diese besser mit den hohen Energiepreisen und Lebenshaltungskosten umgehen können. Wie bewerten Sie die Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung?



Für 9 von 10 haben Entlastungsmaßnahmen keine spürbare Entlastung erzielt

87 Prozent der Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer gaben an, dass die Maßnahmen der Bundesregierung auch bei ihnen persönlich für keine spürbare Entlastung gesorgt haben. Für 11 Prozent war dies hingegen der Fall.

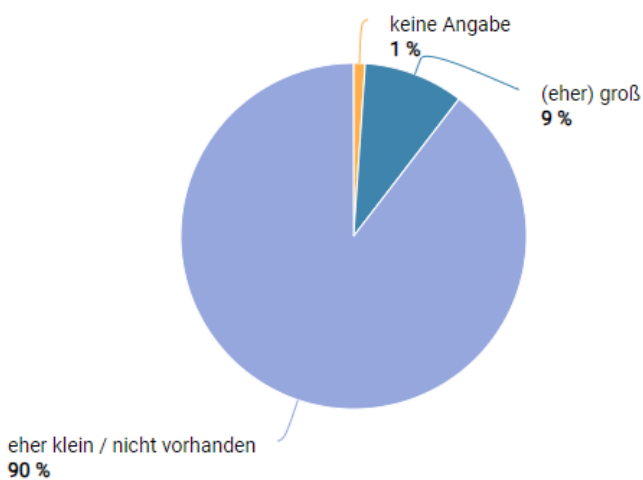
Frage: Und haben die Maßnahmen bei Ihnen persönlich für eine spürbare Entlastung gesorgt?



Bekämpfung der Inflation: 9 von 10 haben hierbei wenig Vertrauen in die Politik

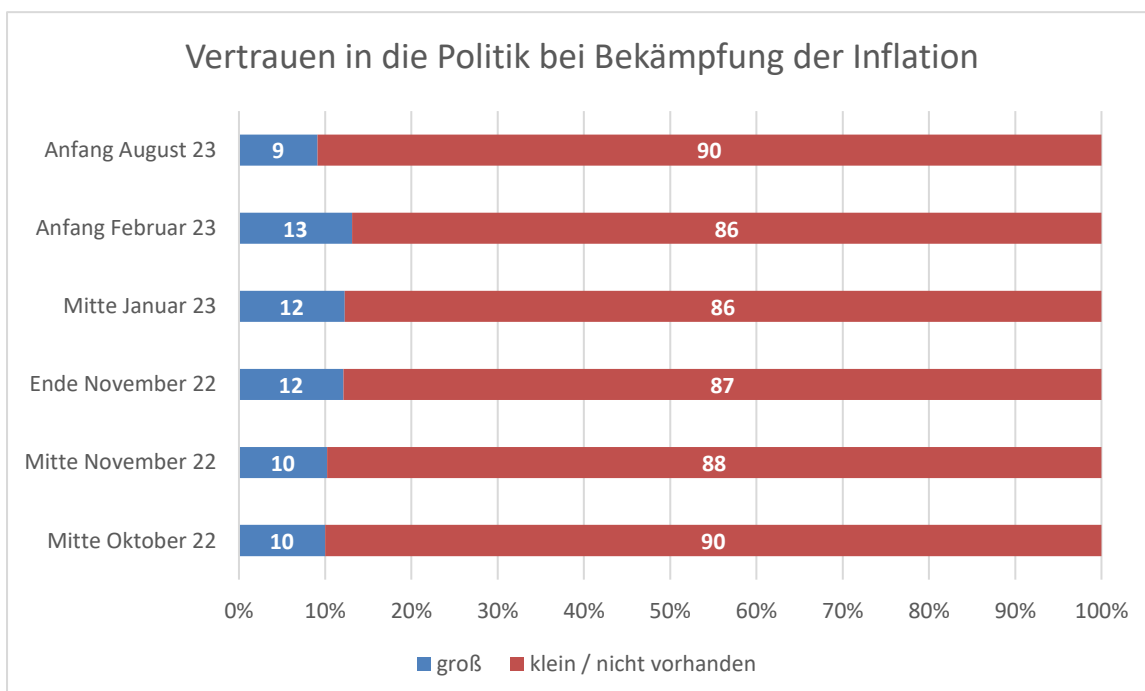
90 Prozent der Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer haben wenig bis kein Vertrauen in die Entscheidungen der Politik, wenn es um die Bekämpfung der Inflation geht. Lediglich 9 Prozent haben bei diesem Thema ein großes Vertrauen.

Frage: Wie groß ist aktuell Ihr Vertrauen in die Politik, dass sie bei der Bekämpfung der Inflation die richtigen Entscheidungen trifft?



13

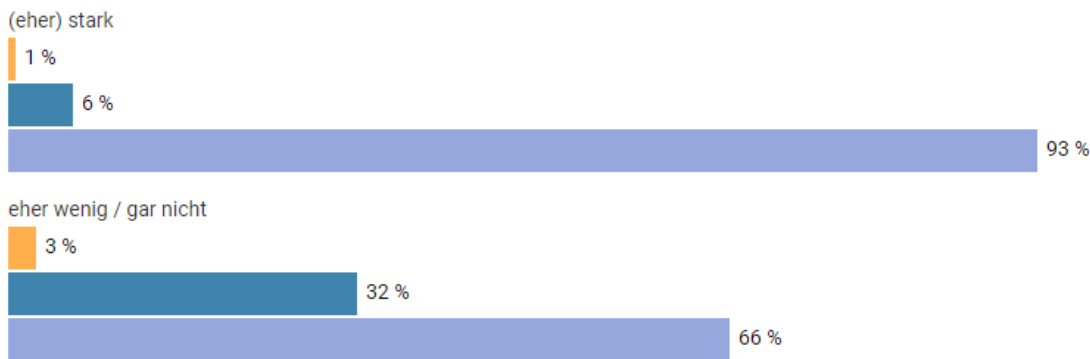
Im zeitlichen Verlauf zeigt sich, dass das Vertrauen in die Politik bei der Bekämpfung der Inflation zuletzt leicht gestiegen ist. Anfang Februar 2023 lag dieses noch bei 13 Prozent. Aktuell ist es jedoch auf 9 Prozent gesunken.



Das Antwortverhalten unterscheidet sich dabei deutlich, je nachdem, wie stark sich die Preissteigerungen im Haushaltsbudget der MDRfragt-Teilnehmerinnen und -teilnehmer bemerkbar machen.

So gab knapp ein Drittel (32 Prozent) derjenigen, bei denen sich die Preissteigerungen nur wenig bemerkbar machen, an, großes Vertrauen in die Entscheidungen der Politik zur Bekämpfung der Inflation zu haben. Bei denjenigen, die die Preissteigerungen stark bemerken, sind es hingegen nur 6 Prozent.

keine Angabe (eher) groß eher klein / nicht vorhanden

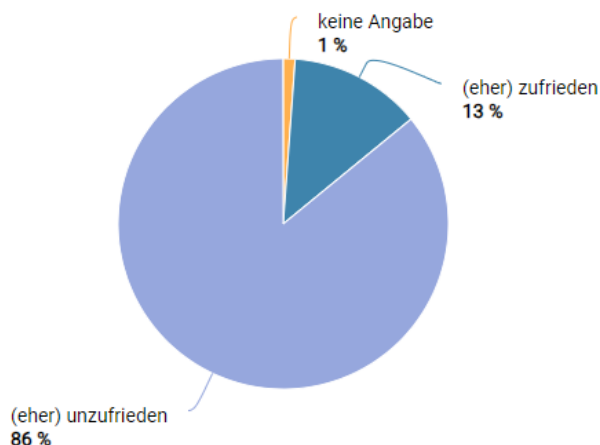


14

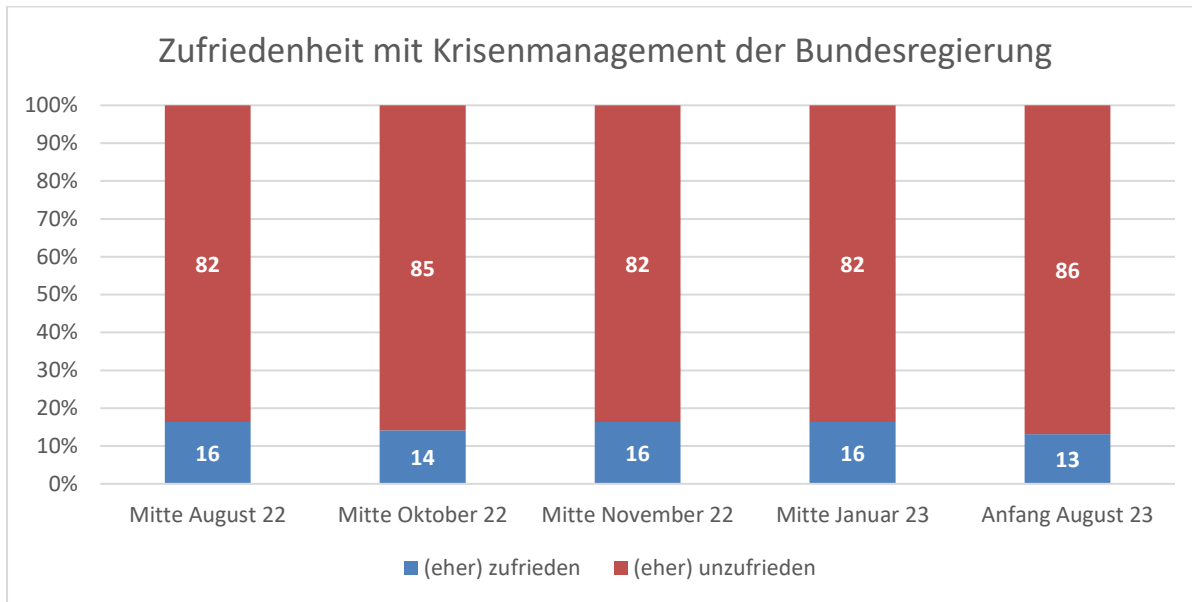
86 Prozent sind mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung unzufrieden

Ob Energiekrise, Ukraine-Krieg, Corona, Inflation oder Klimakrise: 86 Prozent der MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer sind mit dem aktuellen Krisenmanagement der Bundesregierung unzufrieden. Lediglich 13 Prozent gaben an, damit zufrieden zu sein.

Frage: *Alles in allem – ob Energiekrise, Ukraine-Krieg, Corona, Inflation oder Klimakrise: Wie zufrieden sind Sie mit dem aktuellen Krisenmanagement der Bundesregierung?*



Ein ähnliches Bild zeigte sich auch vor einem Jahr. Mitte August 2022 lag die Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung bei 82 Prozent und die Zufriedenheit bei 16 Prozent.

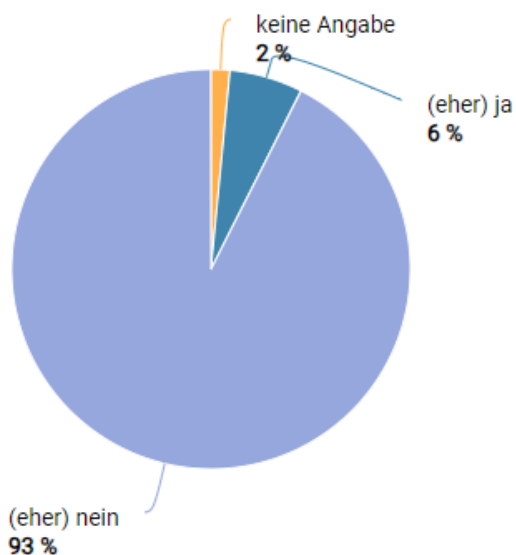


93 Prozent denken nicht, dass Deutschland die Inflation in diesem Jahr in den Griff bekommt.

15

93 Prozent der MDRfragt-Teilnehmerinnen und -teilnehmer gehen nicht davon aus, dass Deutschland die Inflation in diesem Jahr in den Griff bekommt. Lediglich 6 Prozent denken, dass dies der Fall sein wird.

Frage: Glauben Sie, Deutschland bekommt die Inflation in diesem Jahr in den Griff?



8 von 10 blicken negativ auf den Zustand und die Entwicklung der deutschen Wirtschaft

Die Inflation hat auch Auswirkungen auf unsere Wirtschaft. Der erhoffte deutliche Wirtschaftsaufschwung blieb zuletzt aus. 85 Prozent der Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer blicken derzeit negativ auf den aktuellen Zustand der deutschen Wirtschaft. Für 12 Prozent fällt der Blick hingegen positiv aus.

Auch die weitere Entwicklung der deutschen Wirtschaft sehen 84 Prozent eher negativ – 13 Prozent blicken jedoch positiv auf diese.

Frage: Die Inflation hat auch Auswirkungen auf unsere Wirtschaft. Der erhoffte deutliche Wirtschaftsaufschwung blieb zuletzt aus. Wie blicken Sie derzeit auf die Lage der deutschen Wirtschaft?

● keine Angabe ● (eher) positiv ● (eher) negativ

aktueller Zustand



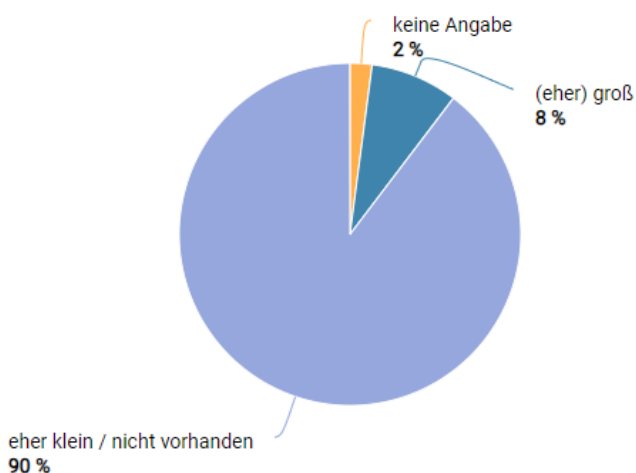
weitere Entwicklung



Unterstützung der Wirtschaft in Zeiten der Inflation: 9 von 10 haben hierbei kaum Vertrauen in die Politik

90 Prozent der MDRfragt-Teilnehmerinnen und -teilnehmer haben wenig bis kein Vertrauen in die Politik, dass sie bei der Unterstützung der Wirtschaft während der Inflation die richtigen Entscheidungen trifft. Demgegenüber haben 8 Prozent hier ein großes Vertrauen.

Frage: Wie groß ist aktuell Ihr Vertrauen in die Politik, dass sie bei der Unterstützung der Wirtschaft während der Inflation die richtigen Entscheidungen trifft?



Hinweise zur Auswertung

Die Befragung vom 04.08. – 07.08.2023 stand unter der Überschrift:

Die Preise bleiben oben – Wirtschaft und Lebensstandard auch?

Insgesamt sind bei MDRfragt 65.727 Menschen aus Mitteldeutschland angemeldet (Stand 07.08.2023, 14 Uhr).

24.298 Menschen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben online an dieser Befragung teilgenommen.

Verteilung nach Altersgruppen:

16 bis 29 Jahre:	191 Teilnehmende
30 bis 49 Jahre:	2.946 Teilnehmende
50 bis 64 Jahre:	9.967 Teilnehmende
65+:	11.194 Teilnehmende

Verteilung nach Bundesländern:

Sachsen:	12.474 (51 Prozent)
Sachsen-Anhalt:	5.810 (24 Prozent)
Thüringen:	6.014 (25 Prozent)

Verteilung nach Geschlecht:

Weiblich:	10.598 (44 Prozent)
Männlich:	13.639 (56 Prozent)
Divers:	61 (0,02 Prozent)

Die Ergebnisse der Befragung sind nicht repräsentativ. Wir haben sie allerdings in Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlichen Beirat nach den statistischen Merkmalen Bildung, Geschlecht und Alter gewichtet. Das heißt, dass wir die Daten der an der Befragung beteiligten MDRfragt-Mitglieder mit den Daten der mitteldeutschen Bevölkerung abgeglichen haben.

Aufgrund von Rundungen kann es vorkommen, dass die Prozentwerte bei einzelnen Fragen zusammengerechnet nicht exakt 100 ergeben.